

Regierung entlasten Wüerdiges Programm

Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten geschaffen

100. Todestag von Josef Gabriel Rheinberger

Ab dem 1. Juli 2001 wird die Regierung als Beschwerdeinstanz etwas entlastet. Der Landtag stimmte in zweiter Lesung einhellig der Schaffung einer Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten zu. Für Diskussionen sorgte das Datum des Inkrafttretens des Gesetzes. Dieses wurde aus Praktikabilitätsgründen vom Landtag um ein halbes Jahr verschoben.



Peter Kindler

Neben den weitgreifenden staatspolitischen Aufgaben kommt der Regierung immer noch die Funktion einer Rechtsmittelinstanz für verschiedenste Belange zu. Dies soll sich nun ab dem 1. Juli 2001 in den Bereichen des Bauwesens, des Strassenverkehrs, der Telekommunikation und der Mietbeiträge für Familien ändern. Die gewünschte Entlastung als Rechtsmittelinstanz wurde von der Regierung gefordert, weil es sich bei diesen Gesetzgebungsbereichen um sehr technische und rechtlich eingeeengte Belange handle. Der Landtag stimmte nun dieser Arbeitsentlastung für die Regierung einhellig zu und be-

gestaffelten Programm das Gesetz zu publizieren, damit es auf den 1. Januar 2001 in Kraft treten kann. In der Zwischenzeit hätte der Landtag in einer weiteren Arbeitssitzung die Mitglieder dieser Kommission wählen müssen, welche aber noch im Vorfeld hätten rekrutiert werden müssen. Sowohl der FBP-Abgeordnete Rudolf Lampert, als auch Landtagspräsident Peter Wolff konnten dem Vorhaben des Regierungschefs nichts Positives abgewinnen. «Der Zeitdruck ist zu gross», stellte Peter Wolff fest, «die Zeit ist zu knapp bemessen, um Leute zu finden, die in dieser Kommission mitarbeiten wollen». Die Landtagsabgeordneten schlossen sich dieser Meinung einhellig an und verschoben das Datum der Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2001.

Die Beschwerdekommision wird nach einem Antrag von Landtagspräsident Peter Wolff erst am 1. Juli 2001 eingesetzt. schloss in zweiter Lesung die Schaffung einer Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten, die sich dieser Bereiche annehmen wird.

Diskussion um Inkrafttreten

Zu Beginn der Debatte herrschte noch Uneinigkeit zwischen Regierungschef Mario Frick und den Landtagsabgeordneten betreffend dem Datum des Inkrafttretens der neuen Gesetzgebung: Die Regierung sah vor, in einem dicht

Während das Bau-, das Strassenverkehrs-, das Brandschutz- und das Telekommunikationsgesetz, sowie auch die Gesetzespassagen über die Landesvermessung einhellig abgeändert wurden, gab es kurze rechtliche Diskussionen um die Abänderung des Gesetzes über die Gewährung von Mietbeiträgen für Familien. Nachdem die juristischen Fragen entwirrt werden konnten, stimmte der Landtag auch dieser Abänderung des Gesetzes mit 19 Stimmen zu.

Der 100. Todestag von Josef Gabriel Rheinberger soll im kommenden Jahr in einem würdigen Rahmen gefeiert werden. Der Landtag genehmigte einen Kredit von 300 000 Franken, der Rest wird durch die Gemeinde Vaduz und Beiträge gedeckt.

Adi Lippuner

Die Regierung hat dem Landtag einen Kredit von 300 000 Franken zur Durchführung eines

würdigen Gedenkprogramms zum 100. Todestag von Josef Gabriel Rheinberger, welches im kommenden Jahr durchgeführt werden soll, beantragt. Das Budget geht von einem Gesamtaufwand von 600 000 Franken aus.

Volker Rheinberger (VU) kritisierte das Vorgehen der Regierung, sich nur zur Hälfte an den Kosten beteiligen zu wollen. «Es ist eine kulturpolitische Aufgabe, die der Staat wahrnehmen könnte, insbesondere weil die finanziellen Mittel vorhanden sind.» Zu-

dem sei im Bericht und Antrag nicht ersichtlich, ob nur Veranstaltungen im In- oder auch im Ausland geplant sind.

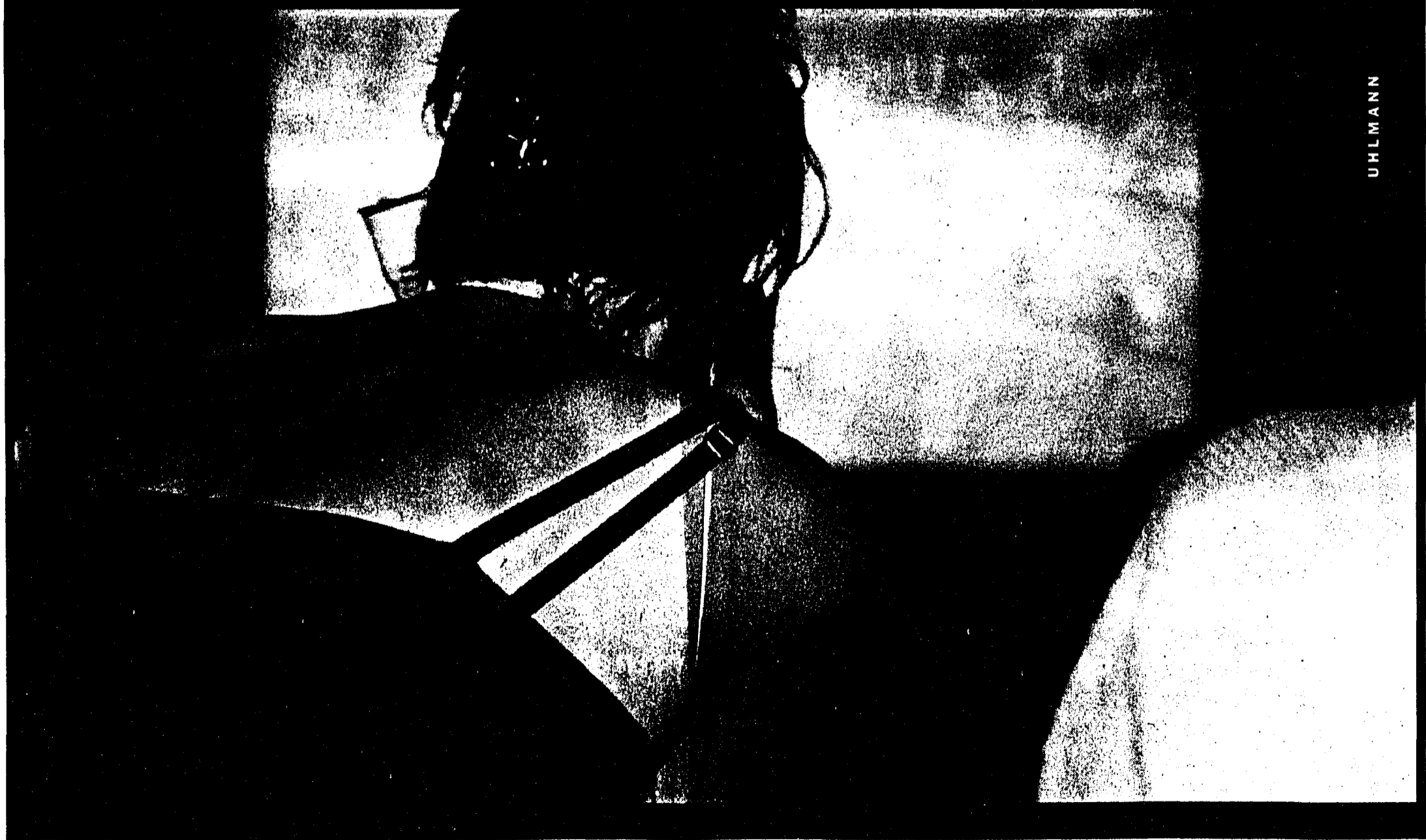
Regierungsrätin Andrea Willi wies darauf hin, dass im Land zahlreiche Stiftungen ansässig sind, welche gerne bei verschiedenen Projekten mitarbeiten. Deshalb habe man sich nicht ausschliesslich auf eine Finanzierung durch den Staat stützen wollen. Bezüglich der geplanten Veranstaltungen wies die Kulturministerin darauf hin, dass erst ein Grobkonzept vorliege. Allerdings werde die Idee geprüft, in einer oder zwei Grossstädten Konzerte aufzuführen. Dies würde dann aber unter dem Begriff «Imagewerbung für Liechtenstein» laufen und müsste speziell finanziert werden.

Zur Planung des Gedenkjahres ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Nach der einhelligen Zustimmung des Landtages zum beantragten Kredit von 300 000 Franken kann zügig weitergearbeitet werden. Ein Drittel des Kredits wird als Nachtragskredit für das Jahr 2000 genehmigt und für dringlich erklärt. Mit diesem Vorgehen ist sichergestellt, dass die vorbereitenden Massnahmen bereits im laufenden Jahr in Angriff genommen werden können.



Volker Rheinberger (VU) wünschte sich ein grösseres Engagement des Staates. (Bilder: bak)

MANCHESTER UNITED : BAYERN MÜNCHEN, 89. MINUTE.



UHLMANN

Ich abonniere TR7 für ein Jahr als Abonnent/in der Zeitung

Liechtensteiner VOLKSBLATT

zum Preis von Fr. 65.- (statt Fr. 156.- im Einzelverkauf).

Coupon bitte einsenden an:

Liechtensteiner Volksblatt · Feldkircher Strasse · 9494 Schaan

Telefon +423 / 237 51 41 · Telefax +423 / 237 51 55

Dieses Angebot gilt nur für Neuabonnenten. Preisstand 2000 (alle Preise inkl. 2,3% MWST.).

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Zustellbeginn

sofort

ab

Datum

Unterschrift

TR7
DAS SCHWEIZER TV-MAGAZIN

WISSEN, WAS LÄUFT.